



## Alternative für China

*Interne Chats offenbaren, wie der chinesische Geheimdienst europäische Rechtsaußenparteien einspannt – um westliche Gesellschaften zu spalten. Spuren führen auch zur AfD.*

Von Maik Baumgärtner; Christoph Giesen; Roman Höfner; Martin Knobbe; Ann-Katrin Müller; Marcel Rosenbach; Christoph Schult; Fidelius Schmid; Wolf Wiedmann-Schmidt, DER SPIEGEL, 16.12.2023

Deutschland quälte sich gerade durch den zweiten Lockdown, als Stefan Keuter, Bundestagsabgeordneter der AfD, eine kleine Anfrage an die Bundesregierung richtete. Die Menschen redeten im Frühjahr 2021 übers Impfen, über Schulschließungen und Kontaktbeschränkungen, die Coronapandemie hatte das Land fest im Griff.

Den AfD-Politiker aber trieb etwas anderes um – eine angebliche Flüchtlingswelle aus Hongkong. Möglicherweise drängten gewaltbereite Aktivisten ins Land, schrieb er in der kleinen Anfrage, sie würden von dubiosen Organisationen unterstützt.

Keuters Besorgnis war erstaunlich. Von Januar 2016 bis Ende April 2021 hatte es nur acht Asylanträge aus Hongkong gegeben, vier wurden positiv beschieden. Und wenn ein Demokratieaktivist wie Joshua Wong einreiste, gab er friedlich Interviews und plauschte auf einer Party im Reichstagsgebäude mit dem damaligen Außenminister Heiko Maas. Glaubte Keuter wirklich, einem drängenden Problem auf der Spur zu sein?

Die Antwort auf diese Frage findet sich womöglich in Hunderten vertraulichen Chatnachrichten, die dem SPIEGEL vorliegen. Sie stammen von einem chinesischen Geheimdienstmann, der mit einem seiner Handlanger und Zuträger in Europa kommunizierte. Die Nachrichten legen nahe, dass Keuter nicht selbst auf die Idee

gekommen war, die Kleine Anfrage zu stellen – sondern mutmaßlich im Auftrag einer fremden Macht agiert hat, für die die Demokratiebewegung in Hongkong tatsächlich ein drängendes Problem war: China.

»Voriges Jahr haben wir Druck auf die deutsche Regierung ausgeübt, um ihre Gewalt und ihre Einwanderungsziele zu zeigen«, schrieb ein chinesischer Agent mit Verweis auf die Regimekritiker in einer dieser Chatnachrichten an seinen Helfer in Europa und schickte einen Link zu der AfD-Anfrage mit. Der Mitarbeiter des chinesischen Ministeriums für Staatssicherheit (MSS) prahlte geradezu damit, die deutsche Bundesregierung mit dieser Anfrage genervt zu haben.

Die verräterischen Chats umfassen einen jahrelangen Austausch zwischen dem chinesischen MSS-Agenten und einem bekannten Rechtsaußenpolitiker in Belgien. Die Nachrichten aus dem Zeitraum von Juni 2019 bis November 2022 liefern einen einzigartigen Einblick in die verborgene Welt von Chinas wichtigstem Geheimdienst – und dessen Operationen in Europa. Die Chats wurden von einer westlichen Sicherheitsbehörde gesammelt und liegen dem SPIEGEL vor, der sie gemeinsam mit der britischen »Financial Times« und der französischen Tageszeitung »Le Monde« ausgewertet hat.

Aus den Chats geht hervor, dass die Chinesen das Nachrichtenumfeld des Besuchs von Kanzler Olaf Scholz bei Chinas Präsident Xi Jinping im November 2022 manipulieren wollten. Sie bitten ihren europäischen Handlanger um Schützenhilfe dabei, den Ruf eines chinakritischen deutschen Wissenschaftlers zu zerstören. Sie diskutieren Aufträge vom Kongo über den Vatikan bis zu Störaktionen im EU-Parlament.

Vor allem aber belegen die Nachrichten, dass China die extrem rechten Parteien Europas als Einfallstor sieht und einzelne Protagonisten erfolgreich angeworben hat. Mehrfach sprechen der Geheimdienstoffizier und sein Gegenüber von »unseren Abgeordneten«, mal bezogen auf das Europäische Parlament, mal auf den Bundestag. Immer geht es dabei um Politiker vom rechten Rand.



Die Aufträge des MSS-Agenten sind unmissverständlich. »Können wir das hier in Flandern kopieren – oder auf Bundesebene?«, fragt er den belgischen Politiker mit Verweis auf die Kleine Anfrage der AfD.

Kleine Anfragen sind ein Instrument der parlamentarischen Kontrolle, sie gehören zu den Waffen der Opposition. Ebenen ausgerechnet die angeblichen Patrioten der AfD Geheimdiensten fremder Mächte den Weg ins deutsche Parlament? Es wäre eine besondere Form von Landesverrat, die schriftlich vorliegenden Chatnachrichten untermauern diesen Verdacht.

Deutsche und internationale Nachrichtendienste warnen seit Jahren davor, dass feindliche Geheimdienste demokratische Prozesse unterwandern. Bislang wurden vor allem russische Operationen bekannt – wie etwa 2019, als der SPIEGEL ein Strategiepapier aus dem Moskauer Machtapparat enthüllte. Darin wurde der AfD-Mann Markus Frohnmaier als »unter absoluter Kontrolle« der Russen eingeschätzt, was dieser bestritt. Im Visier der Akteure waren schon damals europäische Rechtsaußen, die sich als anfällig entpuppten, als willige Helfer.

Die Chats des chinesischen MSS-Agenten legen nahe, dass China diese Strategie kopiert – und dafür auf die Methoden und teilweise auch die Ansprechpartner der Russen setzt. Die Protagonisten in diesem Lehrstück aus der Schattenwelt sind ein chinesischer Geheimagent, der sich Daniel Woo nennt, und sein bezahlter Zuträger, der belgische Ex-Parlamentarier Frank Creyelman, Politiker des Vlaams Belang (VB), einer rechtsextremen Partei in Belgien.

Der SPIEGEL und seine Recherchepartner haben die Inhalte der Chats geprüft, mit Experten und Vertretern von Sicherheitsbehörden mehrerer Länder gesprochen und die zahlreichen darin genannten Personen ausführlich konfrontiert. Die Rolle Woos und seiner Dienststelle ließen sich dabei unabhängig durch mehrere Quellen verifizieren – ebenso seine Kontakte ins Umfeld der AfD im Bundestag. Auch Woos Beziehung zu dem belgischen Politiker ist in Sicherheitskreisen mehrerer Länder bekannt.

Per Messenger erteilte der Chinese seinem belgischen Gegenüber immer wieder Aufträge: Mal sollte Creyelman ein Profil des 2019 ernannten Präsidenten des



Europäischen Rats, Charles Michel, erstellen, ebenfalls ein Belgier («politische Ansichten, Persönlichkeit, Hobbys und Sicht auf unser Land»). Ein anderes Mal eine geplante Pro-Taiwan-Veranstaltung im Europäischen Parlament verhindern oder stören.

Der Ton des Austausches ist freundlich, zuweilen herzlich. Zwischen neuen Spionageaufträgen geht es auch um Themen wie das Wetter oder den Pandemieverlauf – und oft um Geld. Der Chinese bietet es routinemäßig an. Es handle sich um »eine bezahlte Mission«, schreibt er etwa, oder dass er »Mittel« für einen neuen Auftrag habe. Mal sind es 6000, mal 10.000 Euro. Woo nennt den eifrigen Belgier »meinen lieben Freund« und meldet sich mit Grüßen zu Feiertagen.

Immer wieder geht es zwischen den beiden auch um Deutschland: um Ansprechpartner in der AfD, um deutsche Medien, in denen Beiträge lanciert werden sollen – und um jene Anfrage der AfD, die nun als Blaupause für eine ähnliche Aktion in Belgien dienen soll.

»Sicher«, schreibt Frank Creyelman eifertig auf die Frage, ob er die AfD-Aktion in seinem Heimatland wiederholen könne. »Ich werde mit meinem Bruder am Sonntag darüber reden.«

Creyelman, 62, ist ein alter Fahrensman der rechtsextremen flämischen Separatistenpartei Vlaams Belang («Flämische Interessen»). Bis 2014 war er Abgeordneter des flämischen Parlaments, zeitweise Vorsitzender des Außenausschusses. Seit 1995 ist er zudem Gemeinderat der Stadt Mechelen und international viel unterwegs. Er sei ein Vielreisender, schreibt er beim Kurznachrichtendienst X, flankiert von einem Emoji mit Sonnenbrille. In der europäischen Rechten ist er gut vernetzt. Im vorigen Herbst war er für eine Veranstaltung des österreichischen Ex-Vizekanzlers Heinz-Christian Strache in Wien als Gast angekündigt, neben der AfD-Abgeordneten Christina Baum.

Creyelmans Bruder Steven, 51, sollte nicht nur mit der Anfrage ans belgische Parlament helfen. Er sitzt als belgischer Parlamentarier im Verteidigungs- und Gesundheitsausschuss sowie in einer Kommission, die für die Beschaffung von Rüstungsgütern verantwortlich ist. Frank verspricht seinem chinesischen Auftraggeber in den Chats immer wieder, den Bruder für die chinesischen Anliegen einzuspannen.



Eine allzu hohe Meinung hat er anscheinend nicht von ihm: »Mein Bruder ist tatsächlich zu weich, aber er kann überzeugt werden. Er ist nur nicht aktiv genug«, schreibt er dem chinesischen Agenten.

Die Aufträge Woos wirken wie aus einem Handbuch der geheimdienstlichen Einflussmethoden, mehrfach erklärt er seinem belgischen Kontaktmann in den Chats, worauf er sich fokussieren solle – die Schmerzpunkte der Kommunistischen Partei (KP): Neben Hongkong geht es um Tibet und Taiwan, um die muslimische Minderheit der Uiguren und die Region Xinjiang und immer wieder um Europas Nähe zu den USA, die es zu problematisieren und möglichst zu stören gelte. »Das sind unsere Prioritäten«, schreibt Woo. Oder: »Bisher habe ich Dich um Informationsbeschaffung gebeten, aber jetzt machen wir auch Aktionen wie die Anfrage im Parlament.«

Und manchmal werden die Aufträge auch persönlich und schmutzig. So soll Creyelman dabei helfen, den Ruf eines deutschen Wissenschaftlers zu zerstören.

Der Mann, um den es geht, sitzt Anfang Dezember 2023 an einem Tisch im Erdgeschoss des Paul-Löbe-Hauses des Bundestags, er ist als Referent zu einer Menschenrechtskonferenz der Grünen eingeladen.

Adrian Zenz forscht seit Jahren zu Tibet und dem repressiven Umgang der KP mit ethnischen Minderheiten. Seit 2019 lebt und arbeitet er in den USA. Gegenüber der muslimischen Minderheit der Uiguren warf er China demografischen Genozid vor, durch erzwungene Sterilisation etwa. Voriges Jahr wurde ihm ein Datensatz über die Zustände in den Gefangenenlagern in Xinjiang zugespielt, den er mit internationalen Medien teilte, auch der SPIEGEL berichtete über die »Xinjiang Police Files«.

Nun schaut Zenz auf den Laptopmonitor vor sich, liest erstmals die Passagen aus dem China-Chat, in denen es um ihn geht.

»Ich habe den Auftrag erhalten, den Ruf von Adrian Zenz zu attackieren«, schreibt der MSS-Mann Woo an seinen belgischen Kontakt am 15. Januar 2021 um 14.05 Uhr. Er versuche, »jeden seiner Skandale auszugraben«. »Es ist ein bezahltes Projekt«, lockt er. »Großartig«, antwortet Creyelman.



Zenz lacht laut auf. »Dass ich diskreditiert werden sollte, habe ich natürlich massiv zu spüren bekommen, das überrascht mich kein bisschen, aber den Auftrag dafür schwarz auf weiß zu sehen, das ist wirklich frappierend«, sagt er.

Der Wissenschaftler rückt seine Brille zurecht, sucht den Datumsstempel im Chat. Den Zeitpunkt kann er erklären: Kurz zuvor hatte er mit einer Analyse Schlagzeilen gemacht, dass Hunderttausende Uiguren in Xinjiang dazu gezwungen werden, per Hand Baumwolle zu pflücken.

Nur einen Tag bevor Woo bei Creyelman um Hilfe in Sachen Zenz bat, gab es in Peking eine Pressekonferenz. Zenz wurde dort als »antichinesisch« und »von US-Geheimdiensten unterstützt« gebrandmarkt. »Es gibt wahrscheinlich keinen anderen Wissenschaftler weltweit, der der KP aus deren eigener Sicht mehr geschadet hat«, sagt Zenz.

Am 19. Januar 2021 stellte das US-Außenministerium fest, dass die chinesische Führung in Xinjiang Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Genozid begehe. Sie machte Zenz' Berichte zur Grundlage der US-Politik. Im März 2021 bezeichnete die chinesische Botschaft in Berlin Zenz in einem Dossier als »Drahtzieher hinter den Lügen zu Xinjiang« und »eingeschworenen Rassisten«. Den Rest der Rufmordkampagne soll nun Daniel Woo erledigen. Wer aber verbirgt sich hinter diesem Namen?

Der SPIEGEL und seine Recherchepartner haben sich auf Spurensuche begeben. Tatsächlich bestätigen vier westliche Nachrichtendienste, dass sie diesen Namen kennen und ihn dem chinesischen MSS zuordnen, genauer gesagt dessen Regionalbüro (ZSSD) in der ostchinesischen Küstenprovinz Zhejiang. Auch die Mailadresse, die Woo im Chat angibt, war westlichen Nachrichtendiensten nach deren Angaben unabhängig von den Chats bereits bekannt.

Woo agiert demnach seit Jahren schon im Geheimdienstgeschäft, sein Name fiel etwa 2015 bei einer Operation in Polen. Er und seine Kollegen im ZSSD sollen zudem hinter Anwerbeversuchen unter deutschen Beamten, Abgeordneten und ihren Mitarbeitern über das Karrierenetzwerk LinkedIn stehen: Chinesische Agenten



versuchten, sich unter falscher Identität mit einflussreichen Akteuren der deutschen Politik zu vernetzen – um dann einen Schritt weiterzugehen.

So bot einer der Agenten einem Bundestagsabgeordneten bereits vor Jahren mehrere Zehntausend Euro für eine schriftliche Ausarbeitung an. Der Mitarbeiter eines Abgeordneten soll sogar bereits nach China gereist sein und gut 10.000 Euro erhalten haben, bevor der Verfassungsschutz weitere Aktivitäten durchkreuzte.

Woos Dienstort liegt in einer der reichsten Gegenden der Volksrepublik, an einer sechsspürigen Einbahnstraße von Hangzhou, der Hauptstadt der Provinz Zhejiang.

Die MSS-Außenstelle ist in einem achtgeschossigen Zweckbau mit großen Fensterflächen untergebracht. »Abteilung für Staatssicherheit der Provinz Zhejiang«, steht auf einem Betonquader am Tor. Sucht man im Internet nach der Adresse, findet man das Gebäude, die Inschrift am Eingang ist jedoch digital bearbeitet, auch das rote Emblem an der Fassade ist auf den digitalen Bildern verschwunden.

Es ist ein Arbeitsplatz in bester Lage. Zum Westsee, an dessen Ufern Staatsgründer Mao Zedong schon gern Urlaub machte, sind es nur ein paar Minuten mit dem Auto. Direkt neben der Stasizentrale liegt eine Grundschule, gegenüber sind eine Filiale der Industrial and Commercial Bank of China und ein Büro eines staatlichen Baukonzerns untergebracht. Mittags können die Agenten in einem der vielen umliegenden Restaurants essen gehen: frittierte Garnelen für 38 Yuan oder Schlangenkopffisch auf zwei Arten zubereitet, gebraten und gedünstet, für 48 Yuan, umgerechnet rund sechs Euro.

Warum steuert China seine Einflussoperation in Europa von hier aus und nicht aus Peking? »Ein Großteil der Mitarbeiter der chinesischen Geheimdienste sitzt in den Provinzen«, sagt Peter Mattis, Leiter der Jamestown Foundation, eines mit Unterstützung des US-Geheimdiensts CIA gegründeten Thinktanks in Washington. Mattis hat selbst für die CIA gearbeitet. Er ist Co-Autor eines Standardwerks zur chinesischen Spionage.

Jede Provinz habe ein Spezialgebiet, sagt Mattis. Woos ZSSD soll stark auf Europa fokussiert sein. »Zhejiang hat zwar kein Monopol, aber eine Vormachtstellung,



was Operationen gegen Europa angeht«, bestätigt Nigel Inkster, ein ehemaliger Spitzenbeamter in Großbritanniens Auslandsgeheimdienst MI6.

Allein das Regionalbüro Zhejiang soll nach Schätzungen westlicher Geheimdienste 5000 Mitarbeiter beschäftigen – mehr als der deutsche Verfassungsschutz. Sie unterstehen einer streng hierarchischen Kontrolle und konkurrieren offenbar untereinander um Gelder und Missionen.

So spricht Woo mehrfach vom »Hauptquartier«, bei dem er sich um einen Auftrag bewerben müsse. Einmal schreibt er an Creyelman, seinen Handlanger in Belgien: »Vielen Dank für Deine Unterstützung und dass Du das für uns tust. Tatsächlich bemühen sich mehrere Einheiten bei uns um diesen Auftrag, und wir haben die Chance darauf bereits vertan.«

Auch den Agentenlohn des Belgiers muss Woo offenbar genehmigen lassen. Wenn er zusätzliche Mittel hat, dann lässt er es seinen Mann in Mechelen wissen. Für einen Luxustrip in das chinesische Beachresort Sanya, wo der Belgier seinen Agentenführer im Zeitraum der Chats mindestens einmal trifft, muss Creyelman seine Buchungsdaten angeben, damit Woo die Reise abrechnen kann. Als der Belgier schreibt, er würde gern für eine Woche nach Sanya kommen, antwortet Woo ihm, so lange brauche man eigentlich nicht. Creyelman entgegnet, der Wetterbericht sei aber gut, und außerdem sehe der Agententreff dann wie eine Urlaubsreise aus. Woo gibt sein Okay.

Um die Bezahlung unauffällig abzuwickeln, will Woo ihn ab März 2022 in Digitalwährungen entlohnen: »Ich verwende jetzt Krypto, um die Unterstützung zu überweisen.« Wie man das mache, fragt Creyelman, er sei ein »old school guy«. Es folgt eine Schritt-für-Schritt-Anleitung für die Kryptobörse Binance. Als Test lässt der Chinese umgerechnet 1421 Euro anweisen. »Das ist der erste Kryptoversuch mit einer kleinen Summe, für die folgende Arbeit schicke ich mehr Mittel.«

In den Chats bietet der Chinese für einzelne Aufträge zwischen 6000 und 10.000 Euro an. Als Woo und Creyelman diskutieren, wie man Repräsentanten des Vatikans bestechen könne, eine Depesche im Sinne Chinas herauszugeben, ruft ein Vermittler





dafür angeblich 250.000 Euro auf. »Das ist verrückt«, schreibt Woo. »Ich dachte eher an 25.000.«

Woo, das legen die Chats nahe, führt neben dem Belgier weitere inoffizielle Mitarbeiter. Er ist nicht nur detailliert über die Umtriebe der extrem Rechten in Europa informiert, auch die erste politische Garde beschäftigt ihn.

Unvermittelt teilt Woo Creyelman im Oktober 2022 mit, dass sowohl Bundeskanzler Olaf Scholz als auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron nach China reisen würden. »Es gibt ein Projekt, das wir diskutieren. Wir sollten Stimmung machen, um zu verdeutlichen, dass die USA und UK die Energieversorgung in Europa destabilisieren.« China hingegen helfe aus.

Er habe da eine Idee: »über unsere Abgeordneten vom rechten Flügel ein Statement im Europäischen Parlament verbreiten zu lassen«, etwa in der Lesart, dass Großbritannien und die USA in Europa nur Probleme verursachten, China die EU hingegen unterstütze. Diese Botschaft solle dann während des Besuchs in Medien verbreitet werden. »Denkst Du, das ist möglich?«

Creyelman antwortet Sekunden später: »In Deutschland können wir über die AfD-Leute die deutsche Delegation auffordern, offen mit der chinesischen Führung zu sprechen, statt nur der US-Strategie zu folgen.«

Zwei Tage später liefert er eine weitere Idee, diesmal will er den Ukrainekrieg propagandistisch nutzen. Man könne »unsere deutschen und französischen Abgeordneten« bitten, China als Verhandlungspartner zwischen den Kriegsparteien ins Gespräch zu bringen, so der Belgier. »Das würde die USA anpissen.«

Wen meint Creyelman mit »unseren Abgeordneten«? In den Chats nennt er Namen. »Waldemar Herdt ist ein ehemaliger Abgeordneter. Er kennt jeden«, schreibt er nach China. »Ich kenne ihn. Er ist pro China«, und weiter: »Er könnte seine Leute im Parlament beeinflussen.«

Herdt, 61, wurde in Kasachstan geboren, studierte dort Landwirtschaft und leitete einen großen Betrieb, bevor er 1993 nach Deutschland übersiedelte, um als Futtermeister in einem Schweinemastbetrieb zu arbeiten. Von 2017 bis 2021 saß Herdt für die AfD im Deutschen Bundestag. Aktuell ist er Beisitzer im AfD-Kreisverband



Cloppenburg/Vechta. Auf Anfrage sagt er, er kenne Creyelman und Woo nicht und sei weder prochinesisch noch prorussisch: »Ich bin pro Deutschland.«

Dabei ist Herdt wegen seiner allzu großen Nähe zu Russland bereits aufgefallen. Stefan Keuter, der AfD-Mann mit der Kleinen Anfrage, pflegt ebenfalls gute Kontakte dorthin. Und auch Frank Creyelman aus dem belgischen Mechelen ist Teil dieser rechten Russlandfreunde. Wie die AfD-Leute Herdt und Keuter reiste er zu angeblichen Wahlbeobachtermissionen. 2018 nahmen die drei an einem Wirtschaftskongress auf der annektierten Krim teil, dem »Yalta International Economic Forum«.

In einem Interview mit dem russischen Propagandasender Sputnik stellte sich Creyelman als zentraler Akteur für den neuen russlandfreundlichen Kurs der europäischen Rechtsaußen dar: »Ich war es, der alle rechten Parteien dazu gebracht hat, in Bezug auf Russland umzuschwenken«, wird er dort zitiert. »Wir waren die Motoren, die Regierungen – sogar unsere Regierung – ein wenig näher an Russland gebracht haben«, prahlte er.

Offenbar hat sich die chinesische Staatssicherheit für ihre Einflussoperationen an Leute herangepircht, die ihre Offenheit für autoritäre Regime schon bewiesen haben. Aus ihrem Faible für Russland machen viele AfD-Politiker seit Jahren kein Geheimnis. Sympathien für das kommunistisch regierte China aber waren in der Partei lange verpönt. Das hat sich mittlerweile geändert.

Ende Juni flog Parteichefin Alice Weidel mit einer AfD-Delegation nach Shanghai und Peking. Weidel lobte, die Chinesen seien »sehr gut über unsere Arbeit in Berlin informiert« gewesen, offenbar will man den Kontakt intensivieren: »Die nächsten Schritte sind bereits in Planung.« Die Parteichefin selbst gibt an, Mandarin zu sprechen. Sie hat über das chinesische Rentensystem promoviert, vor ihrer Politikkarriere arbeitete sie einige Jahre lang in China.

Im Sommer hat die AfD ihren größten Chinafan sogar zum Spitzenkandidaten für die Europawahl gekürt: Maximilian Krahe, 46, aus Sachsen. Wie Weidel kommt er in den Chats nicht namentlich vor – muss er auch nicht: Als KP-Fanboy kann man ihn auch so erkennen. Im vergangenen Jahr besuchte Krahe die Olympischen Winterspiele in



China, wie er auf Anfrage bestätigt, während viele westliche Politiker aus Protest gegen die Menschenrechtslage fernblieben.

Krah drängt schon seit Jahren auf einen chinafreundlichen Kurs der AfD. Im November 2019 reiste er nach Peking und in andere Städte, besuchte ein Forschungszentrum des umstrittenen Telekommunikationskonzerns Huawei und verbrachte sechs Nächte in vornehmen Hotels.

Kurz nach der Reise setzte Krah ein Schreiben an Mitglieder der AfD-Bundestagsfraktion auf. Er beschwerte sich über deren harte Haltung gegenüber Huawei, die Fraktion forderte zu dieser Zeit faktisch einen Ausschluss chinesischer Anbieter aus dem deutschen 5G-Mobilfunknetz. Er habe diese Position »mit einiger Verwunderung« zur Kenntnis genommen, schrieb Krah, sie sei »industriepolitisch unvertretbar«. Sicherheitsbedenken basierten nur auf einem »allgemeinen Misstrauen China gegenüber«, befand Krah, sein Anliegen sei, die »dezidiert antichinesische Positionierung der Fraktion zeitnah zu relativieren«.

In einem Interview mit der rechtsextremen Zeitschrift »Zuerst!« beklagte Krah später, China sei der neue »Lieblingsfeind« des Westens. Wenn Europa ein »unabhängiger globaler Mitspieler sein möchte und nicht nur Vasall der Amerikaner«, dann müsse es »gute Beziehungen mit China anstreben«. Berichte über Umerziehungslager für Uiguren in der Region Xinjiang, wie Adrian Zenz sie vorlegte, bezeichnete er auf Twitter als »Gruselgeschichten«.

Auch ein Video von Krah aus dem Jahr 2021 könnte aus der Propagandaabteilung der KP stammen. Anlass war der 70. Jahrestag der Autonomen Region Tibet. Mittlerweile ist es von YouTube verschwunden.

Dem SPIEGEL liegt der Film vor. In Tibet, so schwärmt Krah darin, stünden Mönche unter staatlichem Schutz. Tempel würden mit Unterstützung aus Peking neu gebaut, in den Kindergärten höre man das Lachen der Kinder. Das Auswärtige Amt schrieb damals in einem internen Lagebild zur Menschenrechtslage in China: »In Tibet wird weiterhin gegen Anhängerinnen und Anhänger des Dalai-Lama vorgegangen.« Klöster würden zerstört, es sei zu mehreren ungeklärten Todesfällen im Zusammenhang mit Haftmaßnahmen gekommen.



Im Juli 2021 diskutiert der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments den Entwurf einer neuen Chinastrategie der EU. Er sieht einen deutlich schärferen Kurs gegen Peking vor und fordert die EU-Kommission auf, »Chinas ausländischer Finanzierung unserer demokratischen Prozesse« entgegenzuwirken, genauso wie »der Strategie der Vereinnahmung von Eliten und der Technik der Kooptierung hochrangiger Beamter und ehemaliger EU-Politiker«. Nur wenige Abgeordnete stimmen gegen den Entwurf, darunter AfD-Mann Kraus aus Deutschland.

Dessen Chinaliebe irritiert auch manche in der AfD, etwa jene, die sich lieber transatlantisch orientieren wollen. Als klar wurde, dass Kraus Spitzenkandidat für die Europawahl werden wollte, begannen sie, einen Telegram-Kanal mit Bildern, Videos und Screenshots zu befüllen.

Es tauchten Motive auf, in denen sein Gesicht auf das Foto eines chinesischen Volkspolizisten in Uniform montiert war. Dazu Sätze, die er in Chatgruppen geäußert haben soll. Auf die Nachricht eines Parteikollegen (»Je eher die Chinesen stärker werden, desto besser«) soll er geantwortet haben: »Eben. Ordnung und Weiterbildung ;).« Oder: »In einer idealen Partei würden wir selbst die Annektion von Taiwan fordern!« Kraus sagt dazu, die erste Nachricht sei ironisch gewesen, an die zweite könne er sich nicht erinnern.

Der Europaabgeordnete beschäftigt zudem einen chinesischstämmigen Mitarbeiter, der zuletzt Nachwuchspolitikern der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA) attraktive Reisen nach China anbot. Die Flüge müssten die Mitreisenden bezahlen, schrieb er, Essen und Übernachtungen in China würden übernommen.

Kraus sagt auf Nachfrage, er habe »keine Kontakte zu chinesischen Regierungsstellen außer den offiziellen Vertretern der chinesischen Diplomatie in Brüssel«. Er habe zudem »keine Anhaltspunkte, die mich an der Loyalität und Zuverlässigkeit meines Mitarbeiters zweifeln lassen«. Die Kosten seiner eigenen Chinareise 2019 habe er bis auf einen Zuschuss von 500 Euro und zwei Essen »selber



übernommen« und gegenüber dem Europaparlament »korrekt angegeben«. Bei den Olympischen Spielen habe er »alles selber bezahlt«.

Eine wichtige Rolle für den neuen, chinafreundlichen Kurs der Partei spielte zudem ein Mann, der es liebte, im Hintergrund die Fäden zu spinnen, und auch in den Chats zwischen Creyelman und seinem chinesischen Auftraggeber auftaucht – nicht namentlich, aber eindeutig identifizierbar, als »unser Freund«.

Als der MSS-Mann den Belgier fragt, in welchen Medien er prochinesische Propaganda platzieren könne, nennt dieser das Magazin »Zuerst!«, jenes Medium, von dem sich auch Krah über China interviewen ließ. Chefredakteur des stramm rechten »Deutschen Nachrichtenmagazins« war damals Manuel Ochsenreiter, ein umtriebiger Netzwerker der Ultrarechten und Verbreiter russischer Propaganda, unter anderem als »Analyst« des russlandgesteuerten Senders Russia Today.

Für den AfD-Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier, den russische Quellen als »absolut unter Kontrolle« stehend bezeichnet hatten, arbeitete Ochsenreiter als Berater und zeitweise sogar als Mitarbeiter in dessen Bundestagsbüro. Zudem kooperierte er eng mit einem Polen, dem dortige Behörden bereits vor Jahren vorwarfen, für Russland und China zu spionieren, was dieser dementierte. Auch damals soll der MSS-Mann Woo involviert gewesen sein. Der Pole sagt dazu heute, er könne sich an dessen Namen nicht erinnern.

Ochsenreiter fungierte für AfD-Leute offenbar als Mittelsmann zu beiden Ländern, Russland und China. Unter anderem soll er eine aktive Rolle im Vorfeld der Kleinen Anfrage von Stefan Keuter gespielt haben, wie Sicherheitskreise dem SPIEGEL bestätigten. Ochsenreiter soll demnach für die erfolgreiche Abwicklung dieses Projekts aus China mehrere Tausend Euro erhalten haben.

Ochsenreiter stand offenbar nicht nur mit dem MSS-Agenten Woo in Kontakt, auch dessen belgischen Kontaktmann, Frank Creyelman, kannte er. Man kann Ochsenreiter selbst zu alledem nicht mehr befragen. Er starb am 18. August 2021 mit 45 Jahren in Moskau, Ursache soll ein Herzinfarkt gewesen sein.

Der plötzliche Tod des wertvollen Mittelmanns beschäftigte damals auch Woo und Creyelman. »Schlechte Nachrichten. Unser Freund ist an einem Herzinfarkt



gestorben«, schrieb Woo am 20. August 2021. Das habe er mitbekommen, antwortete der Belgier. »Wirklich misslich, er war ein netter Mensch.« Man habe gerade noch darüber gesprochen, Ochsenreiter und Creyelman gemeinsam nach China einzuladen, so der chinesische Agent. Es sollte wieder ins Beachresort nach Sanya gehen, an den Urlaubsort auf der Insel Hainan.

So verlässlich der Belgier auch lieferte: China, das wird aus dem Austausch klar, ist immer auf der Suche nach weiteren Quellen. Und auch beim Rekrutieren neuer Kräfte sollte Creyelman helfen. »Meine Idee ist, eine Zielperson festzumachen, und dann denken wir zusammen darüber nach, wie wir sie in unsere Kooperation hereinziehen«, schrieb Woo. Es gebe zwei Kategorien von Zielpersonen für eine solche Ansprache: »1. Gute Position, uns nicht gewogen, 2. geringere Position, die aber auf uns hört«.

Creyelman bringt daraufhin zwei weitere Vlaams-Belang-Abgeordnete aus dem belgischen Parlament ins Spiel. Und dann taucht im weiteren Verlauf ein Name auf, der politische Sprengkraft besitzt. »Früher haben wir Dich gebeten, Quellen wie Martin Selmayr anzuwerben«, schrieb Woo im Oktober 2022.

Selmayr bekleidete mächtige Positionen innerhalb der EU-Führung: Jahrelang war der Deutsche Kabinettschef der damaligen EU-Vizepräsidentin Viviane Reding, anschließend Kabinettschef des damaligen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker. Kurz fungierte er gar als Generalsekretär. Eine Quelle in dieser einflussreichen Position wäre aus geheimdienstlicher Sicht ein Jackpot. Und aus Brüsseler Sicht ein Skandal.

Creyelman antwortet: »Martin was a good luck shot.« Das lässt Raum für Interpretationen. Meint der Belgier, Selmayr sei abgeschöpft oder gar angeworben worden, mithin ein »Glückstreffer«? Oder geht es um einen Schuss ins Blaue, um einen Rekrutierungsversuch auf gut Glück, der aber gescheitert ist? Aus dem Chat geht das nicht hervor.

Außer dieser Äußerung spricht nichts dafür, dass Selmayr von den Chinesen rekrutiert wurde. Creyelman schreibt im Chat weiter, es sei »sehr schwierig, an so hochrangige Typen heranzukommen«. Man könne nicht einfach sagen: »Hier sind ein



paar Chinesen, die Dich treffen wollen«, es brauche eine glaubwürdige Legende, etwa eine Konferenz.

Selmayr leitet heute die Vertretung der EU-Kommission in Wien. Auf die Frage, ob er jemals Kontakt mit Creyelman oder Woo gehabt habe, sagt er: »Nein, nie, oder zumindest kann ich mich nicht daran erinnern.« Genau dasselbe gelte für Kontakte mit Vertretern chinesischer Geheimdienste oder deren Mittelsleuten. Eine Erklärung dafür, warum ein chinesischer Agent seinen Namen in diesem Kontext fallen ließ, habe er nicht. »Ich glaube, es ist nicht meine Aufgabe, dubiose Konversationen von dubiosen Leuten zu erklären.«

Es spricht viel dafür, dass Selmayrs Darstellung zutrifft. Er gilt als die treibende Kraft hinter einem Strategiewechsel der EU, der Peking gar nicht gefiel. Vom Frühjahr 2019 an bezeichnete die EU-Kommission China offiziell als »systemischen Rivalen« – eine Formulierung, die inzwischen auch Eingang in die Chinastrategie der deutschen Regierung gefunden hat. Architekt des spektakulären Schwenks, so bestätigen es mehrere Quellen, sei Selmayr gewesen.

Auch wenn Creyelman seinen Auftraggebern nicht alle Wünsche erfüllen konnte – aus Woos Sicht war er ein wertvoller Helfer, und womöglich ist er das bis heute. »Du bist unser einziger Freund in Belgien«, umschmeichelte ihn der Chinese. Der rechtsextreme Politiker lieferte über Jahre, sogar die erwünschte Anfrage nach dem Muster des AfD-Vorbilds brachte er über seinen Bruder erfolgreich auf den Weg. Im Juli 2022 stellte Steven Creyelman im belgischen Parlament eine schriftliche Anfrage an die Regierung. Darin hob er auf die Situation in Deutschland ab und fragte unter anderem nach der Zahl der Asylanträge aus Hongkong. In weiten Teilen glich das der Kleinen Anfrage der AfD im Jahr zuvor aufs Wort.

Der AfD-Politiker Keuter, verantwortlich für die AfD-Anfrage, sagt, eine Person namens Daniel Woo sei ihm unbekannt. Anfragen zum Thema Hongkong gehörten zu seinem Job als Außenpolitiker, er habe dafür kein Geld erhalten. Er gibt allerdings zu, den für Russland und China umtriebigen Manuel Ochsenreiter gekannt zu haben. Die frappierenden Parallelen zur belgischen Anfrage erklärt Keuter so: Die AfD sei gut mit



Vlaams Belang vernetzt. »Offensichtlich scheint die europäische Konservative dieselben Fragen zu beschäftigen«, sagt er.

Die Anfrage von 2021 war allerdings nicht seine erste dubiose zu Hongkong. Nach dem Besuch des Aktivisten Wong in Berlin und dessen Interviews hatte Keuter die Bundesregierung gefragt, ob deutsche Medien die Aufstandsbewegung dort unterstützten und ob ein »Bild«-Reporter womöglich im Auftrag deutscher Nachrichtendienste so viel Interesse an diesem Thema zeige. Auf die Frage, wer oder was ihn zu dieser Anfrage inspiriert habe, antwortete der AfD-Mann, er habe Wong durch Zufall am Flughafen getroffen.

AfD-Fraktionschefin Alice Weidel ließ mitteilen, sie kenne keine Kleinen Anfragen im Sinne Chinas, die von Ochsenreiter oder anderen initiiert worden seien. Geldzahlungen an die Fraktion schließe sie aus.

Frank und Steven Creyelman reagierten auf wiederholte Anfragen ebenso wenig wie Daniel Woo, das chinesische Außenministerium oder die Botschaft in Berlin. Die chinesische Vertretung in Brüssel teilte nur mit: »Unsere Botschaft verfügt nicht über die Informationen, von denen Sie sprechen.«

Frank Creyelman kündigte unlängst an, aus der aktiven belgischen Politik ausscheiden zu wollen. Er suche künftig die größere Bühne, deutete er in einem Interview an: »Jeder, der mich ein wenig kennt oder verfolgt, weiß, dass ich mich zunehmend für geopolitische Themen und internationale Politik interessiere.« Er habe sich schon immer an Orte gewagt, sagte er, an die andere sich nicht trauten.